

Neue Regeln zur Arbeitsaufnahme: Bundesregierung plant Bürgergeld- Änderungen

Schärfere Regeln: Neues Bürgergeldgesetz soll Arbeitsaufnahme fördern - Regierung plant erhöhte Leistungskürzungen und Sanktionen bei Schwarzarbeit.

Neue Regeln zur Arbeitsintegration von Bürgergeldempfängern

Die Bundesregierung plant schärfere Regeln, um mehr Bezieher von Bürgergeld dazu zu bewegen, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Diese Maßnahmen sind Teil der Wachstumsinitiative der Ampel-Koalition, die darauf abzielt, die deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Die neuen Regeln sehen vor, dass eine längere Pendelzeit zur Arbeit zumutbar sein soll, das Ablehnen einer angemessenen Arbeit zu erhöhten Leistungskürzungen führen kann und Schwarzarbeit ebenfalls zu Kürzungen der Leistungen führen wird.

Die Pläne beinhalten auch eine verstärkte Mitwirkungspflicht der Leistungsbezieher. Wer ohne triftigen Grund eine zumutbare Arbeit oder Ausbildung ablehnt, muss mit höheren Kürzungen des Bürgergeldes für drei Monate rechnen. Zudem sollen Bürgergeldempfänger, die kurzfristig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sich monatlich persönlich bei der Behörde melden.

Pendelzeit und Suche nach Arbeitsplätzen

Die neuen Regelungen sehen vor, dass bei einer täglichen

Arbeitszeit von bis zu sechs Stunden eine Pendelzeit von zweieinhalb Stunden zumutbar sein soll. Bei längeren Arbeitszeiten von über sechs Stunden wird sogar eine Pendelzeit von drei Stunden hin und zurück akzeptiert. Die Jobcenter werden im Umkreis von 50 Kilometern nach passenden Arbeitsplätzen suchen.

Zusätzlich ist geplant, dass Leistungsbezieher zunächst ihr eigenes Vermögen aufbrauchen müssen, bevor sie Bürgergeld in Anspruch nehmen können. Die Altersvorsorge ist von dieser Regelung ausgenommen. Personen, die sich wiederholt Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration verweigern, sollen verstärkt Ein-Euro-Jobs zugewiesen bekommen.

Fazit

Die neuen Regeln zur Integration von Bürgergeldempfängern in den Arbeitsmarkt zielen darauf ab, die Akzeptanz der Leistungen zu erhalten und mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Durch die Stärkung der Mitwirkungspflichten und die Einführung von Sanktionen bei Arbeitsverweigerung oder Schwarzarbeit sollen Anreize geschaffen werden, um die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)